

Fragen

für die Fragestunde der 62. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 19. Oktober 2022

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Akbulut, Gökay (DIE LINKE.)	10, 25	Kaufmann, Michael, Dr. (AfD)	5, 6
Bayram, Canan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	13, 48	Kraft, Rainer, Dr. (AfD)	18, 19
Beckamp, Roger (AfD)	9	Launert, Silke, Dr. (CDU/CSU)	4
Berghegger, André, Dr. (CDU/CSU)	55	Lay, Caren (DIE LINKE.)	40, 41
Brandner, Stephan (AfD)	2, 3	Oppelt, Moritz (CDU/CSU)	16, 17
Breilmann, Michael (CDU/CSU)	11, 12	Pellmann, Sören (DIE LINKE.)	28
Bünger, Clara (DIE LINKE.)	7, 8	Peterka, Tobias Matthias (AfD)	1, 52
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	36, 51	Pilsinger, Stephan (CDU/CSU)	31, 32
Görke, Christian (DIE LINKE.)	20, 21	Plum, Martin, Dr. (CDU/CSU)	26, 27
Gräßle, Ingeborg, Dr. (CDU/CSU)	53, 54	Renner, Martina (DIE LINKE.)	14, 15
Heck, Stefan, Dr. (CDU/CSU)	22, 23	Rohwer, Lars (CDU/CSU)	44
Hierl, Susanne (CDU/CSU)	30, 33	Schattner, Bernd (AfD)	49, 50
Höchst, Nicole (AfD)	37, 38	Sorge, Tino (CDU/CSU)	39
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	24, 29	Spahn, Jens (CDU/CSU)	46, 47
Jarzombek, Thomas (CDU/CSU)	45	Uhl, Markus (CDU/CSU)	42, 43
		Vogler, Kathrin (DIE LINKE.)	34, 35

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern und für Heimat ..	3
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts.....	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales.....	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung.....	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr ...	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz.....	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	15
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz.....	15
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	16

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums des
Innern und für Heimat**

1. Abgeordneter
**Tobias Matthias
Peterka**
(AfD)

Sieht die Bundesministerin des Innern und für Heimat vor dem Hintergrund aktuell wachsender Migrationsströme nach Deutschland (vgl. dazu nur Welt Online vom 12. Oktober 2022 – www.welt.de/politik/deutschland/article241531155/Stresstest-fuer-unsere-Gesellschaft-Hohe-Fluechtlingszahl-bringt-Staedte-ans-Limit.html, zuletzt abgerufen am 12. Oktober 2022) Handlungsbedarf, im Rahmen des geplanten Gesetzes zur Einführung eines Chancen-Aufenthaltsrechts auf eine Streichung der aus meiner Sicht drohenden Anreizsysteme in Form des Spurwechsels von Asyl auf planmäßige Einwanderung hinzuwirken, oder wird an diesen Plänen festgehalten (Welt Online vom 12. Oktober 2022 – www.welt.de/debatte/article241549335/Migrationsgipfel-Nancy-Faeser-sendet-das-falsche-Signal-an-die-Welt.html, zuletzt abgerufen am 12. Oktober 2022)?
2. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD)

Inwieweit konnte die Bundesregierung die Fehler (so die Zusammenfassung selbstkritischer Äußerungen der damaligen Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel in einem Artikel der Wirtschaftswoche, www.wiwo.de/politik/deutschland/selbstkritische-rede-merkel-raeumt-fehler-in-fluechtlingskrise-2015-ein/14567568.html), die im Jahr 2015 während der Flüchtlingskrise gemacht wurden, im Jahr 2022 vermeiden?
3. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD)

Wie viele Flüchtlinge aus der Ukraine wurden nach Kenntnis der Bundesregierung bis zum jetzigen Zeitpunkt hierzulande registriert, und was waren die fünf häufigsten Staatsangehörigkeiten, die bei diesen Personen festgestellt wurden?
4. Abgeordnete
Dr. Silke Launert
(CDU/CSU)

Welche Bemühungen wurden bislang vonseiten des Bundesinnenministeriums unternommen, um die Anzahl derjenigen Ukrainerinnen und Ukrainer festzustellen, die seit Ausbruch des Ukraine-Krieges nach Deutschland geflohen, mittlerweile aber wieder ausgereist sind, beziehungsweise was unternimmt das Bundesinnenministerium zurzeit, um die Anzahl dieser Rückgänge zu ermitteln?

5. Abgeordneter
Dr. Michael Kaufmann
(AfD)
- Wie erfolgt die Erfassung der Nationalität von Personen, die seit Beginn des Krieges in der Ukraine über Polen nach Deutschland eingereist sind (bitte die Nationalitäten all dieser Ukraine-Flüchtlinge prozentual aufschlüsseln), und welchen Aufenthaltsstatus haben Personen der größten drei Nationalitäten bzw. Staatsangehörigkeiten (z. B. Asylbewerber, Asylberechtigung, Flüchtlingsschutz, subsidiärer Schutz, geduldet, ausreisepflichtig bzw. einem Abschiebestopp unterliegend)?
6. Abgeordneter
Dr. Michael Kaufmann
(AfD)
- Welche Analysen und Studien hat die Bundesregierung durchgeführt (bitte wesentliche Ergebnisse mitteilen) oder in Auftrag gegeben, um zu ermitteln, bei welcher Anzahl von Zuwanderern und Flüchtlingen die ökonomische und soziale Aufnahmekapazität Deutschlands erschöpft ist, und gibt es aus Sicht der Bundesregierung überhaupt eine solche Grenze?
7. Abgeordnete
Clara Bünger
(DIE LINKE.)
- Wird die Bundesministerin des Innern und für Heimat Nancy Faeser angesichts der Herausforderungen bei der Unterbringung einer gestiegenen Zahl von Asylsuchenden den Bundesländern empfehlen, von der Regelung nach § 49 Absatz 2 des Asylgesetzes (AsylG) Gebrauch machen, d. h., dass Asylsuchende von der Verpflichtung, ihren Aufenthalt in einer Aufnahmeeinrichtung zu nehmen, befreit werden, sodass sie, wenn dazu die Möglichkeit besteht, z. B. bei Verwandten/Bekanntem/Unterstützenden oder privat unterkommen und so die staatlichen Aufnahmestrukturen entlasten könnten, oder sich darüber hinaus für eine Änderung der Wohnverpflichtung nach § 47 AsylG einsetzen, nachdem sie im Ausschuss für Inneres und Heimat des Deutschen Bundestages am 12. Oktober 2022 erklärte, in der jetzigen Lage könne man von der Wohnverpflichtung absehen, ob dies dauerhaft geändert werden solle, darüber müsse man reden (bitte begründen), und wird sie sich weiterhin für eine gesetzliche Lockerung der Wohnsitzregelung nach § 12a des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) einsetzen, sodass anerkannte Flüchtlinge oder Schutzbedürftige nach § 24 AufenthG in ein anderes Bundesland ziehen können, wenn sie dort eine Unterbringungsmöglichkeit oder ein Wohnungsangebot haben, was meiner Meinung nach insbesondere Stadtstaaten wie Berlin entlasten könnte (bitte begründen)?

8. Abgeordnete
Clara Büniger
(DIE LINKE.)
- Wie begründet die Bundesministerin des Innern und für Heimat Nancy Faeser ihre Äußerung, „illegale Einreisen“ müssten gestoppt werden, „damit wir weiter den Menschen helfen können, die dringend unsere Unterstützung brauchen“ (Tweet vom 11. Oktober 2022), vor dem Hintergrund, dass nach meiner Auffassung die Frage, ob Menschen Unterstützung brauchen, nicht vom Einreiseweg oder ob die Betroffenen ein Visum haben oder nicht, abhängt, zumal nach Artikel 31 der Genfer Flüchtlingskonvention die unrechtmäßige Einreise von Flüchtlingen nicht kriminalisiert werden darf, und dass Asylsuchenden im ersten Halbjahr 2022 zu 71,6 Prozent ein Schutzstatus vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) erteilt wurde (bereinigte Schutzquote, Antwort der Bundesregierung zu Frage 1b der Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE, Bundestagsdrucksache 20/3212) und weitere 21.909 zunächst abgelehnte Asylsuchende einen Schutzstatus durch gerichtliche Entscheidungen oder nachträgliche Korrekturen des BAMF erhielten (ebd., Frage 19e), sodass nach meiner Auffassung die in der Regel unerlaubt einreisenden Schutzsuchenden in einem hohen Maße als schutz- bzw. unterstützungsbedürftig angesehen werden müssen, und wie ist die angekündigte Verlängerung der Grenzkontrollen zu Österreich in Auseinandersetzung mit dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom 26. April 2022 (Rechtssachen C-368 und C-369/20) vereinbar, wobei ich davon ausgehe, dass das Bundesinnenministerium inzwischen dieses Urteil und die daraus folgenden Auswirkungen ausgewertet und geprüft hat (vgl. Bundestagsdrucksache 20/1817, Antwort auf meine Schriftliche Frage 40; bitte begründen)?
9. Abgeordneter
Roger Beckamp
(AfD)
- Wie viele ausreisepflichtige Straftäter bzw. Gefährder gab es jeweils zum Stichtag 30. September der Jahre 2010, 2014, 2018, 2020, 2021 und 2022, und wie viele ausreisepflichtige Straftäter bzw. Gefährder sind nach Kenntnis der Bundesregierung in den ersten neun Monaten der Jahre 2010, 2014, 2018, 2020, 2021 und 2022 jeweils abgeschoben worden?
10. Abgeordnete
Gökay Akbulut
(DIE LINKE.)
- Wie viele Personen aus Herkunftsländern, denen Serbien – im Gegensatz zu Deutschland – die Möglichkeit einer visafreien Einreise gewährt, haben nach Kenntnis der Bundesregierung dieses Jahr bis zum letzten erhebungsfähigen Zeitpunkt in Deutschland einen Asylantrag gestellt (bitte nach den fünf antragsstärksten Herkunftsländern aufschlüsseln und auch die Zahlen der Jahre 2021, 2020, 2019 und 2018 jeweils angeben)?

11. Abgeordneter
Michael Breilmann
(CDU/CSU)
- Inwiefern werden bei den Maßnahmen der Bundesregierung im Zuge der aktuell anstehenden Umsetzung der EU-Antisemitismusstrategie neben dem rechtsextremistischen Antisemitismus auch jener aus dem linksextremistischen Milieu, dem Phänomenbereich „Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates“ sowie dem Bereich des Islamismus berücksichtigt?
12. Abgeordneter
Michael Breilmann
(CDU/CSU)
- Welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung aufgrund der internen Warnung des Bundeskriminalamtes (www.tagesspiegel.de/politik/debatte-um-fossile-energiequellen-bundeskriminalamt-warnt-vor-gefahr-linksextremer-attacken-8637625.html) vor Angriffen der linksextremen Szene gegen Atomanlagen, Gaspipelines und anderen Einrichtungen der Energieinfrastruktur, die kürzlich den Medien zu entnehmen war (www.bild.de/bild-plus/politik/2022/politik/bild-exklusiv-neues-geheimpapier-bka-warnt-vor-linksextremen-anschlaegen-81308754.bild.html), um präventiv gegen mögliche geplante Straftaten der einschlägigen Akteure und Gruppierungen der Politisch motivierten Kriminalität vorzugehen?
13. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hat die Bundesregierung eine ähnliche Einschätzung wie der Ministerpräsident von Thüringen, Bodo Ramelow, dass im Osten des Landes eine „neue faschistische Bewegung“ entsteht (www.tagesspiegel.de/politik/radikale-montagsdemonstrationen-ramelow-warnt-vor-entstehung-neuer-faschistischer-bewegung-im-osten-8742013.html), und falls ja, welche politischen und sozialen Maßnahmen plant die Bundesregierung dagegen zu ergreifen?
14. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)
- Welche Unternehmen oder Einrichtungen der kritischen Infrastruktur setzten oder setzen nach Kenntnis der Bundesregierung Produkte der Unternehmen Protelion GmbH bzw. Infotecs GmbH ein?
15. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)
- Hat sich das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) mit den in Deutschland vertriebenen und eingesetzten Produkten der Unternehmen Protelion GmbH bzw. vormals Infotecs GmbH beschäftigt, und wenn ja, mit welchem Ergebnis (bitte aufschlüsseln nach Produkt, Prüfungszeitpunkt sowie Ergebnis)?

16. Abgeordneter
Moritz Oppelt
(CDU/CSU)
- Ist es zutreffend, dass die Cybersicherheitsfirma Protelion GmbH einen Antrag auf Zertifizierung ihrer Produkte gestellt hat und dieser aufgrund der Tatsache abgelehnt wurde, dass die Protelion GmbH mit ihren Verbindungen zum russischen Geheimdienst als Sicherheitsgefahr für die Bundesrepublik Deutschland eingestuft wurde?
17. Abgeordneter
Moritz Oppelt
(CDU/CSU)
- Warum hat für den Fall, dass die Protelion GmbH als Sicherheitsgefahr für die Bundesrepublik Deutschland eingestuft sein sollte, keine Überprüfung der Produkte der Protelion GmbH nach § 7 des BSIG-Gesetzes (BSIG) stattgefunden, um gegebenenfalls öffentlich vor diesen Produkten zu warnen?
18. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD)
- Kann die Bundesregierung nach aktuellem Kenntnisstand ausschließen, dass der Präsident des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik sich des Landesverrates, dem Offenbaren von Staatsgeheimnissen, der Ausspähung oder der Preisgabe von Staatsgeheimnissen schuldig gemacht hat (www.tagesschau.de/investigativ/kontraste/bsi-schoenbohm-103.html)?
19. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD)
- Kann die Bundesregierung nach aktuellem Kenntnisstand ausschließen, dass der Softwarekonzern O.A.O. InfoTeCS oder ein mit diesem verflochtenes Unternehmen Dienstleistungen jedweder Art für die öffentliche Verwaltung und kritische Infrastrukturen, hier insbesondere Energieunternehmen, erbracht hat (www.tagesschau.de/investigativ/kontraste/bsi-schoenbohm-103.html)?
20. Abgeordneter
Christian Görke
(DIE LINKE.)
- Aus welchem Anlass traf sich nach Kenntnis der Bundesregierung der damalige Präsident des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI), Arne Schönbohm, im Jahr 2018 mit dem damaligen Mehrheitseigentümer der Firma Virtual Solution, Nicolaus von Rintelen, zu einem Vier-Augen-Gespräch in der „Executive Lounge“ des Berliner Hotels Adlon (vgl. Bundestagsdrucksache 20/406), und führte Arne Schönbohm in seiner Amtszeit als Präsident des BSI auch in anderen Fällen offizielle Gespräche in der „Executive Lounge“ des Hotels Adlon, und falls ja, um welche konkreten Gespräche handelte es sich dabei?
21. Abgeordneter
Christian Görke
(DIE LINKE.)
- Waren nach Kenntnis der Bundesregierung Präsident Arne Schönbohm und andere Vertreter des BSI an den Gesprächen zu dem im Februar 2022 abgeschlossenen Verkauf der Firma Virtual Solution beteiligt, und falls ja, wer, und in welcher Weise beteiligt?

22. Abgeordneter
Dr. Stefan Heck
(CDU/CSU)
- Hält die Bundesregierung den Status „politischer Beamter“ für ein sinnvolles Mittel zur Besetzung von herausragenden Positionen in der Verwaltung, und hat sie von der besonderen Möglichkeit der Absetzung politischer Beamter bereits Gebrauch gemacht?
23. Abgeordneter
Dr. Stefan Heck
(CDU/CSU)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Schließung des Bundesstützpunkts Winterberg/Willingen, insbesondere vor dem Hintergrund der Auswirkungen für die Sportler und Strukturen vor Ort sowie der regionalen Bedeutung des Stützpunkts?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

24. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über den laut Presseberichten Einsatz von Chemiewaffen durch die Türkei im Nordirak (www.ippnw.de/commonFiles/bilder/Frieden/2022_IPPNW_Report_on_possible_Turkish_CWC_violations_in_Northern_Iraq.pdf), und welche weiteren Erkenntnisse hat die Bundesregierung darüber, ob die Türkei die Chemiewaffenkonvention vollumfänglich einhält?

25. Abgeordnete
Gökay Akbulut
(DIE LINKE.)

Wird die Bundesministerin des Auswärtigen Annalena Baerbock etwas gegen die von Rechtsanwälten als „Berliner Erpressung“ kritisierte Vorgehensweise des Auswärtigen Amtes unternehmen, wonach in aussichtsreichen Klageverfahren beim Familiennachzug das Auswärtige Amt die Erteilung eines Visums im Vergleich oder gegen Klagerücknahme anbietet, worauf sich die Betroffenen im Regelfall einlassen (müssen), um die angestrebte Familienzusammenführung möglichst schnell realisieren zu können, was aber zugleich bedeutet, dass sie die Verfahrens- und Rechtsanwaltskosten zu tragen haben, obwohl ihnen (voraussichtlich) ein Visum zu Unrecht verweigert wurde (vgl. [https://fragdenstaat.de/blog/2021/10/14/berliner-erpressung-familiennachzug/#:~:text=In%20diesem%20Zeitraum%20wurden%2020.246, die%20%C3%9Cbernahme%20der%20Kosten%20 beinhaltet](https://fragdenstaat.de/blog/2021/10/14/berliner-erpressung-familiennachzug/#:~:text=In%20diesem%20Zeitraum%20wurden%2020.246, die%20%C3%9Cbernahme%20der%20Kosten%20 beinhaltet; www.tagesschau.de/investigativ/kontraste/fluechtlinge-familiennachzug-auswaertiges-amt-101.html); www.tagesschau.de/investigativ/kontraste/fluechtlinge-familiennachzug-auswaertiges-amt-101.html; bitte begründen, gegebenenfalls darlegen), und welche Angaben kann das Auswärtige Amt machen zu seit Oktober 2021 nach eingeleiteter Klage erteilten Familiennachzugs-Visa in Relation zu den Verfahrensausgängen (bitte so differenziert wie möglich darstellen, vgl. auch die im oben bezeichneten Artikel genannte interne Statistik des Auswärtigen Amtes, wonach 95 Prozent der Fälle, in denen ein Visum nach Klageerhebung von März 2007 bis September 2021 erteilt wurde, ein Vergleich oder die Rücknahme der Klage bei Rücknahme der Kosten zugrunde lag)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

26. Abgeordneter
Dr. Martin Plum
(CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung ebenso wie der Bundesrat „dringenden Handlungsbedarf“ bei der Bewältigung von zivilgerichtlichen Massenverfahren (Bundesratsdrucksache 342/22), und wenn ja, bis wann, und mit welchen Maßnahmen wird die Bundesregierung den Forderungen des Bundesrates, „zeitnah einen Gesetzentwurf vorzulegen“, nachkommen?

27. Abgeordneter
Dr. Martin Plum
(CDU/CSU)
- Warum ist das Beschwerdeverfahren nach § 8 des Gesetzes über die unternehmerischen Sorgfaltspflichten zur Vermeidung von Menschenrechtsverletzungen in Lieferketten in § 4 Absatz 1 des Regierungsentwurfs eines Gesetzes für einen besseren Schutz hinweisgebender Personen sowie zur Umsetzung der Richtlinie zum Schutz von Personen, die Verstöße gegen das Unionsrecht melden (Bundestagsdrucksache 20/3442), nicht genannt, und in welchem Rechtsverhältnis steht dieses Beschwerdeverfahren zum Regierungsentwurf eines Gesetzes für einen besseren Schutz hinweisgebender Personen sowie zur Umsetzung der Richtlinie zum Schutz von Personen, die Verstöße gegen das Unionsrecht melden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

28. Abgeordneter
Sören Pellmann
(DIE LINKE.)
- Inwieweit plant die Bundesregierung die Erweiterung der Anwendung des Budgets für Leistungen zur Mobilität nach § 83 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch auf die kostenfreie Nutzung klimafreundlicher Fernverkehrszüge?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

29. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Welche autonomen „Überwasserdrohnen“ will die Bundesregierung aus Mitteln der „Ertüchtigungsinitiative“ an die Ukraine liefern (www.bundesregierung.de/breg-de/themen/krieg-in-der-ukraine/lieferungen-ukraine-2054514), und wer ist für die Durchführung der Maßnahmen verantwortlich?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend**

30. Abgeordnete
Susanne Hierl
(CDU/CSU)
- Wie erfolgt bzw. erfolgte im Fall der offensiven Werbung für Pubertätsblocker in einfacher Sprache über die von der Bundesregierung zu verantwortende Seite www.regenbogenportal.de eine Evaluation der Inhalte (vgl. Bericht der BILD „Ohne Hinweis auf Risiken und Folgen – Familienministerium rät Kindern zu Pubertätsblockern“ vom 13. Oktober 2022)?
31. Abgeordneter
Stephan Pilsinger
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung Erkenntnis darüber, wie viele Frauen aus der Ukraine bzw. in der Ukraine sich jeweils in den Jahren 2014 bis heute (bitte einzeln aufschlüsseln nach Jahren) als Leihmutter für ein deutsches Paar zur Verfügung gestellt haben, und wenn ja, welche, und plant die Bundesregierung im Interesse ukrainischer Frauen, sich dafür einzusetzen, dass dieses Geschäftsmodell (vgl. etwa www.handelsblatt.com/meinung/homo-oeconomicus/gastkommentar-homo-oeconomicu-s-ukrainische-leihmuetter-legen-eine-grosse-luecke-im-deutschen-recht-offen/28464686.html) im Sinne einer Verbesserung der sozialen und psychosozialen Situation dieser Frauen eingeschränkt wird?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Gesundheit**

32. Abgeordneter
Stephan Pilsinger
(CDU/CSU)
- Welche Daten bzw. Faktoren (bitte detaillierte Aufschlüsselung) hat das dem Bundesministerium des Innern und für Heimat und damit der Bundesregierung nachgeordnete Statistische Bundesamt für den „Orientierungswert für Krankenhauskosten 2022“ herangezogen, um den Teilwert Personalkosten zu ermitteln, und wie erklärt sich die Differenz zu den maßgeblichen Tarifabschlüssen in Krankenhausbereichen, deren Steigerungen deutlich unterhalb von 6 Prozent liegen?
33. Abgeordnete
Susanne Hierl
(CDU/CSU)
- Wie bewertet die Bundesregierung gesundheitliche und weitere Risiken von Pubertätsblockern zur Behandlung von Genderdysphorie, die off-label, also außerhalb des durch die Arzneimittelbehörden zugelassenen Gebrauchs, verabreicht werden, und wie wird diese Bewertung in ihrer Öffentlichkeitsarbeit kommuniziert?

34. Abgeordnete
Kathrin Vogler
(DIE LINKE.)
- Welche Patientenorganisationen wurden in den vergangenen Monaten vom Bundesministerium für Gesundheit (BMG) in die Erarbeitung von Vorschlägen für die Neuaufstellung der Unabhängigen Patientenberatung Deutschland (UPD) eingebunden, und welche der maßgeblichen Patientenorganisationen wurden nicht eingebunden, was meiner Ansicht nach erforderlich wäre, da auch vonseiten dieser Organisationen eine Einbindung derjenigen für erforderlich gehalten wird, die mit dem Neuaufbau der UPD-Strukturen betraut werden sollen?
35. Abgeordnete
Kathrin Vogler
(DIE LINKE.)
- Inwieweit kann die Bundesregierung Äußerungen von Patientenorganisationen bestätigen, dass es im BMG ein Eckpunktepapier zur Neugestaltung der UPD gibt, nach dem der GKV-Spitzenverband als Stiftungsträger vorgesehen wird, und inwieweit plant die Bundesregierung, diese Eckpunkte auch dem Parlament und den maßgeblichen Patientenorganisationen zur Kenntnis zu geben?
36. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Wie erklärt die Bundesregierung den Unterschied der von ihr gemachten Angabe von 58 Beschäftigten beim Paul-Ehrlich-Institut (PEI), die im Februar 2022 die Meldungen zu Verdachtsfällen (Nebenwirkungen, Impfkomplicationen etc.) nach einer Impfung mit COVID-19-Vakzinen in Deutschland bearbeiten (Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 74 auf Bundestagsdrucksache 20/765), und der nach meiner Kenntnis gemachten Angabe von Dr. M. vom PEI in der Verhandlung vor dem Bundesverwaltungsgericht, wonach das PEI insgesamt 13 Mitarbeiter für die Erfassung der Impfkomplicationen, darunter auch Werkstudenten, beschäftige, und wie viele Beschäftigte sind für Pharmakovigilanzaufgaben bei COVID-19-Impfstoffen von der Stellenbeschreibung beim PEI beschäftigt (bitte getrennt nach der Beschäftigtenzahl bei Beginn der Kampagne [1. Januar 2021], am 30. Juni 2021, am 31. Dezember 2021 sowie am 30. Juni 2022 getrennt auflisten)?

37. Abgeordnete
Nicole Höchst
(AfD)
- Inwieweit hat die Bundesregierung Kenntnis über erhöhte Anfälligkeiten für gesundheitliche Defizite im geimpften Bevölkerungsanteil (wie etwa spontane Aborte, Herzinfarkte [Myokarditis], Lungenembolien, Eierstock-Dysfunktionen, Multiple Sklerose, Brustkrebs; vgl. Pamela Dörhöfer: „Wenn das Immunsystem das Herz angreift“, in: Frankfurter Rundschau vom 13. Oktober 2022, S. 17; vgl. „Eine Myokarditis kann eine seltene Folge von COVID-19, aber auch einer Corona-Impfung sein: Was steckt dahinter?“, vgl. „Sehr selten ist nicht nie“, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 18. September 2022, S. 53)?
38. Abgeordnete
Nicole Höchst
(AfD)
- Inwieweit hat die Bundesregierung im Rahmen der Pandemie Kenntnis über die Anzahl der plötzlichen, unerwarteten Todesfälle (für die Jahre 2020, 2021 und 2022 [1. Halbjahr] in Deutschland, vgl. „Unerwartete Todesfälle nach Covid-Impfungen“, in: ServusTV On vom 22. März 2022, www.servustv.com/aktuelles/a/servus-repor-tage-unerwartete-todesfaelle-covid-impfungen/217018/, vgl. Vanessa Renner: „Massenhaft unerwartete Todesfälle: Schweizer Ärztenetzwerk fordert Justiz zum Handeln auf“, in: Report24 vom 28. September 2022, <https://report24.news/massenhaft-unerwartete-todesfaelle-schweizer-aerztenet-zwerk-fordert-justiz-zum-handeln-auf/>)?
39. Abgeordneter
Tino Sorge
(CDU/CSU)
- Inwieweit hat der Bundesminister für Gesundheit Zweifel an den von der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG) dargestellten Berechnungen zur inflationsbedingten Kostenbelastung der Krankenhäuser (vgl. Befragung der Bundesregierung im Deutschen Bundestag am 12. Oktober 2022, Plenarprotokoll 20/59), und auf welchen (ggf. abweichenden) Grundlagen erarbeitet das BMG seine eigenen Berechnungen zu dieser Problematik?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Digitales und Verkehr**

40. Abgeordnete
Caren Lay
(DIE LINKE.)
- Aus welchen Haushaltsmitteln des Bundes soll die Unterstützung für die Elektrifizierung der Bahnstrecke Dresden–Görlitz erfolgen, die laut Medienberichten von dem Bundesminister für Digitales und Verkehr Dr. Volker Wissing der sächsischen Staatsregierung zugesagt wurde (www.mdr.de/nachrichten/sachsen/kretschmer-ice-ausbau-berlin-goerlitz-100.html#ICE), und wann rechnet die Bundesregierung mit der Fertigstellung der Elektrifizierung der Strecke?
41. Abgeordnete
Caren Lay
(DIE LINKE.)
- Inwiefern wird nach Kenntnis der Bundesregierung die Streckenführung der geplanten ICE-Strecke Berlin–Görlitz analog der bisherigen Streckenführung sein, und ist im Rahmen des Ausbaus der Strecke auch weiterhin ein ICE-Halt in der Stadt Weißwasser geplant?
42. Abgeordneter
Markus Uhl
(CDU/CSU)
- Wie ist der aktuelle Sachstand zur Erweiterung der Autobahn-Raststätte Homburg, und welche Maßnahmen der Lärmsanierung sind gegebenenfalls geplant?
43. Abgeordneter
Markus Uhl
(CDU/CSU)
- Wie ist der aktuelle Sachstand und das geplante weitere Vorgehen zum Ausbau der Moselschleusen (bitte unter Angabe von Baumaßnahmen und zeitlichem Verlauf)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz**

44. Abgeordneter
Lars Rohwer
(CDU/CSU)
- Kann nach Einschätzung der Bundesregierung ein ähnliches Phänomen wie das Fischsterben in der Oder im Sommer 2022 durch anhaltende Trockenheit und Niedrigwasser auch in anderen Flüssen, wie beispielsweise der Elbe, auftreten?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Bildung und Forschung**

45. Abgeordneter
Thomas Jarzombek
(CDU/CSU)
- Hat das Bundesministerium für Bildung und Forschung eine unabhängige wissenschaftliche Evaluation des DigitalPaktes Schule in Auftrag gegeben, falls ja, wann, und wer wurde mit der Evaluation beauftragt?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Wirtschaft und Klimaschutz**

46. Abgeordneter
Jens Spahn
(CDU/CSU)
- Welche Kraftwerke (bitte unter Angabe der Leistung und detailliert auflühren) sind auf Grundlage der Verordnung zur befristeten Ausweitung des Stromerzeugungsangebots durch Anlagen aus der Versorgungsreserve zur Stromerzeugung ans Netz gegangen bzw. werden nach Informationen der Bundesregierung wann ans Netz gehen?
47. Abgeordneter
Jens Spahn
(CDU/CSU)
- Welche Kraftwerke (bitte unter Angabe der Leistung und detailliert auflühren) sind auf Grundlage der Stromangebotsausweitungsverordnung bisher zur Stromerzeugung ans Netz gegangen bzw. werden nach Informationen der Bundesregierung wann ans Netz gehen?
48. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Was plant die Bundesregierung, um im kommenden Winter großflächige Stromausfälle zu verhindern (siehe dazu: www.tagesschau.de/wirtschaft/technologie/blackout-deutschland-vorbereitung-stromausfall-101.html), und wie bereitet die Bundesregierung die Bevölkerung darauf vor, falls es zu einem großflächigen Stromausfall kommen sollte?
49. Abgeordneter
Bernd Schattner
(AfD)
- Welche Gremien analog zu den bestehenden Gremien zwischen dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) und den Handwerkskammern (vgl. meine Mündlichen Fragen 49 und 50, Plenarprotokoll 20/59, S. 6630) existieren zwischen dem BMWK und den Industrie- und Handelskammern in Deutschland?

50. Abgeordneter
Bernd Schattner
(AfD)
- Welche Gremien analog zu den bestehenden Gremien zwischen dem BMWK und den Handwerkskammern (vgl. meine Mündlichen Fragen 49 und 50, Plenarprotokoll 20/59, S. 6630) existieren zwischen dem BMWK und den Handwerksinnungen in Deutschland?
51. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Inwiefern hat es seit dem 21. Januar 2021 bis zum aktuellen Stichtag Exportgenehmigungen (Einzel-, Reexport-, Sammelausfuhrgenehmigungen) von Technologien für ballistische Schutzsysteme für Panzer (Typ Leopard, M60 etc.) gegeben (bitte ggf. entsprechend unter Angabe des Datums, des exportierenden Unternehmens bzw. Herstellers, Panzertyps und jeweiligen Warenwerts auflisten), und welche Kenntnisse (auch nachrichtendienstliche) hat die Bundesregierung ggf. über die ungehemmte Weitergabe deutscher Technologie für ballistische Schutzsysteme für Panzer über die Türkei, auch, aber nicht nur mit Südkorea als Bestimmungsland?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

52. Abgeordneter
Tobias Matthias Peterka
(AfD)
- Welche konkreten Erkenntnisse liegen dem Bundesminister der Finanzen mit Blick auf die Stabilisierung der Versorgungssicherheit durch einen etwaigen Einsatzreserve-Betrieb der drei aktuell in Rede stehenden Kernkraftwerke Isar II, Neckarwestheim und Emsland, vor (MSN vom 11. Oktober 2022 – www.msn.com/de-de/nachrichten/other/lindner/bremst-gesetzentwurf-f-c3-bcr-akw-einsatzreserver-aus/ar-AA12P8Gt und taz vom 11. Oktober 2022 – <https://taz.de/Lindner-blockiert-Streckbetrieb-Novelle/!5883865/>, jeweils zuletzt abgerufen am 12. Oktober 2022)?
53. Abgeordnete
Dr. Ingeborg Gräble
(CDU/CSU)
- Warum unterhält das Bundesministerium der Finanzen (BMF) für die Aufbau- und Resilienzfähigkeit der EU ein eigenes Kontrollsystem, anstatt die Datensharing- und Risikotools der Kommission zu übernehmen, und welche Instrumente und Kontrollsysteme nutzt das BMF stattdessen, um Betrug, Interessenkonflikte, Doppelfinanzierung und weitere schwere Unregelmäßigkeiten zu entdecken?

54. Abgeordnete
**Dr. Ingeborg
Gräble**
(CDU/CSU)
- Welche Beratungsfirmen arbeiten im Auftrag des Bundesfinanzministeriums und/oder der Europäischen Kommission an der Umsetzung des deutschen Teilplans (DARP) des EU-Aufbaufonds (ARP/RRF) („General technical support for the implementation of Germany’s Recovery and Resilience Plan“), und welche Finanzmittel werden dafür in den Jahren 2022 und 2023 aufgebracht?
55. Abgeordneter
**Dr. André
Berghegger**
(CDU/CSU)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Forderung der Kommunen, dass der Bund die flüchtlingsbedingten Mehrausgaben der Kommunen zur Unterbringung und Betreuung von Asylbewerbern und Flüchtlingen schnellstmöglich und rückwirkend zum 1. Januar 2022 bis auf Weiteres kompensieren sollte – bspw. durch die vollständige Übernahme der Kosten der Unterkunft für anerkannte Flüchtlinge nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch sowie weitere Finanzhilfen in Form von Integrationspauschalen?

